

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Rostock

Streng vertraulich
Um Rückgabe wird gebeten

Rostock 13. Sept. 1989

Nr. 76 / 89

BStU
000206

4 Blatt

1 Exemplar

INFORMATION über

Erscheinungen und Tendenzen des Neofaschismus und der Ausländerfeindlichkeit im Bezirk Rostock

Seit Januar 1989 leitete die Bezirksverwaltung Rostock das Ministeriums für Staatssicherheit 25 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit neofaschistischen und rassistischen Erscheinungen ein.

Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es zwei Ermittlungsverfahren.

Die Anzahl der von der DVP in diesem Zusammenhang eingeleiteten Ermittlungsverfahren und der dort aufgenommenen Anzeigen stieg gegenüber dem Vorjahr auf ca. 175 %.

In den meisten Kreisen des Bezirkes, außer Grevesmühlen, Ribnitz-Damgarten und Grimmen, liegen Hinweise auf neofaschistische und ausländerfeindliche Erscheinungen vor.

BStU
000207

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

2

Territoriale Schwerpunkte sind die Städte Rostock und Wolgast sowie Ahlbeck.

Insgesamt wurden im Bezirk ca. 100 Personen erkannt, die sich mit neofaschistischen Auffassungen identifizieren bzw. damit sympathisieren.

Gegenüber den Vorjahren sind die Handlungen dieser Personen zunehmend mit einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verbunden, vor allem durch in der Gruppe begangene Delikte.

Die Initiatoren und Organisatoren der in diesem Jahr festgestellten sieben losen Zusammenschlüsse solcher Personen im Bezirk sind erklärte Feinde der DDR. Sie beschäftigen sich überwiegend seit Jahren mit dem Hitlerfaschismus und fühlen sich durch den gewachsenen politischen Einfluß neofaschistischer Kräfte der BRD und in anderen westeuropäischen Ländern ermuntert, selbst aktiv zu werden.

Ein weiteres bestimmendes Motiv bilden nationalistische Auffassungen und die damit verbundene Befürwortung revanchistischer Wiedervereinigungskonzeptionen für die beiden deutschen Staaten.

In dem Vorsitzenden der "Republikaner", SCHÜNHÜDER, sehen sie den "neuen starken Mann" in der BRD, mit dessen Auffassungen sie sich weitgehend identifizieren.

Handlungsbestimmende Motive waren insbesondere ein Oppositionsverhalten gegen die von ihnen geforderte Disziplin, Einordnung und Unterordnung, ablehnende Einstellungen gegenüber einer ihrer Meinung nach sich ausweitenden Korruption, "Privilegienwirtschaft", "Konsumideologie" und anderen kleinbürgerlichen Verhaltensweisen sowie spekulativen "Geschäften" von Ausländern in der DDR (insbesondere Vietnamesen, Kubanern, Polen).

BStU

000208

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bei Schülern und Lehrlingen werden solche Verhaltensweisen oft durch ein ausgeprägtes Geltungsbedürfnis maßgeblich mit beeinflusst.

Der Personenkreis, der mit neonazistischen Verhaltensweisen und Ausländerfeindlichkeit 1989 in Erscheinung trat bzw. mit solchen Auffassungen sympathisiert, wird charakterisiert durch

einen überwiegend niedrigen Bildungsgrad,

eine Neigung zu Gewalttätigkeit bis zur Brutalität,

Konfliktsituationen in der Familie, in der Lehre, im Betrieb oder im Freizeitbereich, die vielfach zu einer Außenseiterrolle führen.

Etwa drei Viertel der 1989 insgesamt mit der Verbreitung faschistischen, rassistischen und militaristischen Gedankengutes angefallenen Täter sind Personen im Alter zwischen 16 bis 25 Jahren.

Die überwiegende Mehrzahl kommt aus Arbeiterfamilien.

Unter dem Einfluß neofaschistischer und anderer rechtsradikaler Entwicklungen in der BRD erlangten zwei Gruppierungen jugendlicher und Jungerwachsener im Kreis Wolgast eine besondere Gesellschaftsgefährlichkeit.

Sie konzipierten mit unterschiedlichem intellektuellem Niveau programmatische neofaschistische Leitlinien, legten Führungsstrukturen und Verantwortlichkeiten fest, strebten nach einem personellen und materiellen Ausbau ihrer "Organisationen" und orientierten auf eine Konspiration ihrer Zusammenschlüsse sowie deren Ziele und Absichten.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU

000209

Zu der sich als "SS-Division Walter Krüger" bezeichneten Gruppierung in Wolgast leitete die Bezirksverwaltung im Juni 1989 gegen 9 Personen Ermittlungsverfahren ein (siehe Information vom 20. Juni 1989).

Dieser aus überwiegend mehrfach vorbestraften Personen bestehende Zusammenschluß pflegte Traditionen der SS. Alle Mitglieder trugen solche Dienstgrade und besaßen selbstgefertigte Uniformen (siehe Anlage Bildbericht).

Anlässlich einer "Feier für den Führer" wurden Fotos gefertigt, die den "Republikanern" in der BRD übersandt werden sollten.

Der Organisator und Initiator beschäftigte sich bereits seit mehreren Jahren mit faschistischem Gedankengut und der Bildung einer geheimen faschistischen Organisation. Er ließ sich als "Führer" anreden, verherrlichte in ihren Veranstaltungen die Verbrechen des Hitlerfaschismus und führte ideologische Schulungen der Mitglieder durch.

Darüber hinaus wurden materielle Voraussetzungen für Konfrontationen mit Hieb-, Stich- und Schußwaffen sowie für foto-technische Arbeiten geschaffen (siehe Anlage Bildbericht).

In mehreren Fällen handelten die Beschuldigten unter Alkoholeinfluß entgegen den von ihnen selbst aufgestellten konspirativen Regeln. Sie suchten Bürger in ihrer Wohnung auf und mißhandelten diese.

Unter Zwang mußten sich die Personen teilweise entkleiden. Mit einem Viehtreiberstock wurden ihnen Elektrostöße versetzt. In einem Fall drangen die Beschuldigten gewaltsam in eine Wohnung ein. Einem 5-jährigen Jungen legten sie einen Strick um den Hals und "probten das Erhängen". Dem Kind wurde ein geöffnetes Gasfeuerzeug unter die Nase gehalten, um es symbolisch zu "vergasen".

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

5 BSTU
000210

Die Mehrzahl der Erscheinungen des Neofaschismus, der Ausländerfeindlichkeit und des Antisemitismus sowie der schriftlichen Verbreitung faschistischen Gedankengutes im Bezirk bestand in einem provozierenden Auftreten in der Öffentlichkeit (mündliche Äußerungen vor allem in Gaststätten, Jugendclubs und öffentlichen Transportmitteln).

Häufig wurden körperliche Auseinandersetzungen angestrebt. So wurden von Mitgliedern eines losen Zusammenschlusses von mehrfach vorbestraften Personen im Gaststättenkomplex "Stadt Stralsund" in Stralsund über einen Zeitraum von neun Monaten jeweils am Wochenende in und vor der Gaststätte faschistische Parolen gerufen, Lieder faschistischen Charakters gesungen, Hitlers Reden imitiert, das Personal der Gaststätte bedroht und die Gäste provoziert.

Sie erklärten, in der neofaschistischen Entwicklung in der BRD und den Wahlerfolgen der "Republikaner" eine mögliche Alternative zum Sozialismus zu sehen.

Zu den betreffenden Personen wurden 7 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Aus einer ablehnenden Haltung zur DVP heraus diffamierten Jugendliche und Jungerwachsene aus Rostock-Schmarl gleichfalls über einen Zeitraum von mehreren Monaten untereinander und gegenüber anderen Jugendlichen und Jungerwachsenen in Liedern und Versen die DVP und verbreiteten faschistisches Gedankengut.

U. a. befürworteten sie darin die Errichtung faschistischer KZ und den Völkermord der deutschen Faschisten an den Juden (siehe Information vom 25. April 1989).

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
6
000211

Auch in anderen Fällen wurde den in Zusammenrottungen auftretenden Jugendlichen und Jungerwachsenen über einen längeren Zeitraum ohne nennenswerte Gegenreaktion anderer Bürger gestattet, ihr neofaschistisches und ausländerfeindliches Gedankengut in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Die mit diesen feindlich-negativen Handlungen konfrontierten Bürger waren verängstigt oder unterschätzten die von diesen Personen ausgehenden Gefährdungen für die öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Vergleichbare begünstigende Bedingungen boten sich vielfach auch einzeln handelnden Tätern, die solche Verhaltensweisen in der Schule und in den Arbeitskollektiven zeigten.

Andere Schüler, Lehrlinge, Arbeitskollegen und zum Teil auch Lehrer tolerierten derartige Äußerungen.

Das trifft in einem besonderen Maße für Äußerungen ausländerfeindlichen Charakters zu.

Z. B. beachteten der Staatsbürgerkundelehrer [REDACTED] und die Klassenleiterin [REDACTED] der BBS "August Lütgens" des VEB DSR die wiederholten faschistischen und nationalistischen Äußerungen von fünf Lehrlingen eines Klassenkollektivs während des Unterrichtes nur unzureichend.

Während der Untersuchung dieser Vorkommnisse versuchten sie das Auftreten der Jugendlichen zu verharmlosen.

Auch der Leiter des Lehrlingswohnheimes bagatellierte die Äußerungen der Lehrlinge als "Dumme-Jungen-Streiche".

An POS des Kreises Bad Doberan ist bei Direktoren und Lehrern verbreitet das Bestreben festzustellen, derartige Probleme in eigener Zuständigkeit zu klären. Festgelegte Informationspflichten an übergeordnete Stellen werden bewußt verletzt, um die Schule nicht in "Mißkredit" zu bringen.

Unter politisch negativen jugendlichen Anhängern des FC Hansa aus Wismar gehören faschistische Ausdrücke zum festen Vokabular.

Die verbreitete Toleranz gegenüber faschistischen und rassistischen Äußerungen ist u. a. auf die Unterschätzung ihrer Ernsthaftigkeit und die Verharmlosung neofaschistischer Einflüsse insbesondere aus der BRD zurückzuführen.

Hinzu kommt oft die Furcht vor Auseinandersetzungen mit den so auftretenden Personen, vor allem wenn diese körperliche Gewalt androhen.

Damit ist die teilweise Verbreitung neofaschistischer Erscheinungen begünstigt worden.

2) Politisch negative kirchlich gebundene Kräfte versuchen, auch in unserem Bezirk durch Untersuchungen nachzuweisen, daß faschistische Tendenzen ihre Ursachen in den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR haben.

In einem in den Bezirk übermittelten Arbeitspapier des Evangelischen Jungmännerwerkes wird behauptet:

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die Gewalt des Staates, auch gegenüber "Andersdenkenden", erzeuge Gegengewalt.

Das "Führerprinzip" habe in der DDR unter anderen Vorzeichen eine Renaissance erlebt.

Das mit der "These der sozialistischen deutschen Nation" verdrängte Nationalgefühl der Deutschen schlage in einen extremen Nationalismus um.

Das Arbeitspapier soll eine Grundlage bilden für die Diskussion auf einer Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen im September 1969 zum Thema Neofaschismus in der DDR.

Feindliche Personen beabsichtigen, die Ergebnisse der Untersuchungen und der Tagung als Argumente für eine Beteiligung der Kirche und anderer "pluralistischer" Kräfte an der direkten Machtausübung in der DDR sowie zur Diskreditierung unserer Politik zu verwenden.

Zur Zurückdrängung neofaschistischer und ausländergefeindlicher Tendenzen und Erscheinungen im Bezirk Rostock ist vorgesehen, daß die Mitglieder der Sicherheitskommissionen der Kreisleitungen von den Leitern der Kreisdienststellen über die Lage auf diesem Gebiet informiert werden, um mit objekt- und personenbezogenen Vorschlägen ein einheitliches, abgestimmtes und offensives Handeln der gesellschaftlichen Kräfte zu gewährleisten.

Über die Bezirksleitung der FDJ und den Bezirksschulrat sollten insbesondere Mitarbeiter der Volksbildung und Berufsausbildung sowie die in diesen Bereichen tätigen Jugendfunktionäre mit dieser Problematik intensiver als bisher vertraut gemacht werden. Sie sind vor allem zu befähigen, das unmittelbare klärende Gespräch mit Schülern und Jugendlichen zu führen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

9 BStU

000214

Darüber hinaus sollte ihre Bereitschaft erreicht und gefestigt werden, entsprechende Vorkommnisse übergeordneten Leitungen zu melden und die erforderlichen Erziehungsmaßnahmen einzuleiten.

Mittag
Generalmajor